

ULLA PLENER

»Sozialdemokratismus« – Instrument der SED-Führung im Kalten Krieg gegen Teile der Arbeiterbewegung (1948-1953)

Zu den historischen Fehlleistungen der SED-Führung gehört der von ihr seit Mitte 1948 mitgetragene Kalte Krieg in der deutschen Arbeiterbewegung. Nach »außen« richtete er sich gegen die Führung der SPD in den Westzonen bzw. in der BRD. Begonnen hatte er mit einem Schlag nach »innen« – der Jagd auf »Abweichler« und »Agenten« in den eigenen Reihen, nachdem die 10. Tagung (12./13. Mai 1948) und die ihr folgenden Tagungen des Parteivorstands 1948 auf Geheiß der SMAD definitiv die Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typus« und damit deren forcierte Stalinisierung eingeleitet hatten.¹ In diesem Zusammenhang erlangte besonders seit dem III. Parteitag der SED (Juli 1950) der Vorwurf des »Sozialdemokratismus« eine zentrale Bedeutung: Er wurde zum Instrument des Kalten Krieges zunächst gegen »eigene« Mitglieder, seit 1952/1953 vor allem aber gegen die Führer der SPD im Westen Deutschlands. Im folgenden wird diesem Tatbestand anhand der Protokollniederschriften der SED-Spitzenorgane – ihres Parteivorstands (PV, seit Juli 1950 Zentralkomitee/ZK) und dessen Zentralsekretariats (ZS, seit Januar 1949 Politbüro/PB) – nachgegangen.²

Der Begriff »Sozialdemokratismus« tauchte zu jener Zeit zunächst im Bericht Sergej Tjulpanows, Leiter der Abteilung Propaganda der SMAD, an die KPdSU-Führung vom 27. Oktober 1948 über die 14. Tagung des PV der SED (20./21. 10. 1948) auf, die sich u. a. mit der Vorbereitung der (1.) Parteikonferenz der SED befaßt hatte. Tjul'panow stellte deren unbefriedigenden Stand fest – u. a. würde »die Entlarvung der Ideologie des Sozialdemokratismus nicht zielstrebig genug betrieben«; »fühlbar« sei, »daß die Reinigung der Partei von Schumacherschen und anderen feindlichen Elementen gebremst« werde.³ Sollte dieser Bericht Tjul'panows den SED-Führern bekannt geworden sein – was nicht auszuschließen ist –, so wurde der Begriff denjenigen, die aus der KPD zur SED gekommen waren, spätestens jetzt in Erinnerung gerufen. Er wurde nämlich 1927 von Stalin – im Unterschied zu seinem Gebrauch durch Lenin⁴ – negativ als abfällige Charakteristik der gesamten sozialdemokratischen Ideologie und Politik besetzt und als Instrument des Kampfes der Komintern gegen die Sozialdemokratie, die ja schon seit 1924, von G. Sinowjew kreiert, als »Sozialfaschismus« diffamiert wurde, benutzt. Aus Anlaß des 10. Jahrestags der Oktoberrevolution hatte Stalin geschrieben: »Der gegenwärtige Sozialdemokratismus ist eine ideologische Stütze des Kapitalismus... Es ist unmöglich, dem Kapitalismus den Garaus zu machen, ohne dem Sozialdemokratismus in

Ulla Plener – Jg. 1933; Dr. sc. phil., Historikerin in Berlin. Arbeiten zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie biographische Forschungen, Mitglied der Leibniz-Sozietät; Redakteurin von UTOPIE kreativ. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Sozialdemokraten und andere Linke: Immer noch feindliche Brüder?, Heft 150 (April 2003).

1 Siehe dazu Thomas Friedrich, Christa Hübner, Herbert Mayer, Kerstin Wolf (Hrsg.): Entscheidungen der SED 1948. Aus den stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, Berlin 1995. Aus der umfangreichen Literatur zur Geschichte der SED-Stalinisierung sei hier nur auf Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder: Visionen. Repression und Oppo-

der Arbeiterbewegung den Garaus gemacht zu haben.« Die Oktoberrevolution habe neben anderem »den Sieg des Marxismus über den Reformismus, den Sieg des Leninismus über den Sozialdemokratismus« bedeutet, und sie habe »unübersteigbare Schranken zwischen Marxismus und Sozialdemokratismus, zwischen der Politik des Leninismus und der Politik des Sozialdemokratismus errichtet«. Deshalb sei »die Ära des Sterbens des Kapitalismus zugleich die Ära des Sterbens des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung«.⁵

Stalin hatte also den Begriff »Sozialdemokratismus« als Instrument der ideologischen und politischen Spaltung der Arbeiterbewegung eingesetzt – als »unübersteigbare Schranke« zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Ideologie und Politik.

Mit diesem Pfeil im Köcher konnte schwerlich für die Einheit der Arbeiterbewegung gestritten werden. Die SED-Führer, die stets diese Einheit beschworen hatten, nahmen ihn trotzdem in ihre Waffenkammer auf.

Von der SED-Führung wurde der Begriff in der Entschließung der 17. PV-Tagung vom 10. März 1949 zum Bericht des PB in das Parteivokabular eingeführt, indem – fast wörtlich nach Tjul'panow – festgestellt wurde: »Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus als opportunistische Ideologie in der Arbeiterbewegung wurde ungenügend geführt, die Wachsamkeit gegenüber feindlichen Agenturen (Schumacher-Gruppen usw.) wurde nicht in genügendem Maße entwickelt.«⁶ Bei der Auswertung der Parteiwahlen vom September 1949 ging es dann auf der 22. PV-Tagung am 4. Oktober 1949 auch um den »Kampf gegen den Sozialdemokratismus in Organisationsfragen, die Liquidierung der schlechten und gefährlichen Wahlvereins-Tradition« als »für die weitere Zukunft eine entscheidende Frage zur Sicherung der Durchführung der politischen Linie der Partei«.⁷

1950 wurde der Kampf gegen »imperialistische Agenten« und »partei-feindliche Gruppen« in der eigenen Partei massiv forciert. In diesem Zusammenhang fiel im Vorfeld des III. Parteitags wieder – und seitdem ständig – das Wort vom »Sozialdemokratismus«, gegen dessen »Überreste« in der Partei angegangen werden sollte. So Fred Oelßner auf der 26. PV-Tagung vom 2./3. Juni 1950 im Referat über den »Neuaufbau der Parteipropaganda«, in dem er u. a. vom »großen ideologischen Mangel der Partei« sprach – den »Überreste(n) des Sozialdemokratismus, der alten reformistischen, opportunistischen Ideologie, die aus der Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung mit in unsere Partei geschleppt wurde«.⁸ Der Themenplan für Aufsätze von PB-Mitgliedern in Vorbereitung des III. Parteitags der SED enthielt u. a.: Friedrich Ebert – »Die Überwindung des Sozialdemokratismus als Vorbedingung für den Sieg des Friedens und der Demokratie«; Franz Dahlem – »Wie der Weg des Sozialdemokratismus zum Ruin Westdeutschlands führt«.⁹

In dem im Juni 1950 veröffentlichten Bericht des PV an den III. Parteitag hieß es gleich einleitend, »der Kampf gegen die Reste des Sozialdemokratismus (Lehren aus der Novemberrevolution)« habe (neben dem Kampf gegen nationalistische, kleinbürgerliche u. a. Auffassungen) die Kraft der gesamten Partei gestärkt.¹⁰ Im Abschnitt über die Zeitschrift »Einheit«, das theoretische Organ der

sition in der SED 1949-1989, Frankfurt/Oder 1996, Teil 1, S. 15-43, 144-229, verwiesen.

2 Siehe SAPMO, DY 30, IV 2/1/Akten-Nr. für den PV bzw. das ZK; ebenda, IV 2/2/Akten-Nr. für das ZS bzw. PB. Alle folgenden Archiv-Signaturen beziehen sich auf den Fonds DY 30 in der SAPMO beim Bundesarchiv.

3 SWAG. Upravlenie propagandy (informacii) i S. I. Tjul'panov, Moskau 1994, S. 119.

4 Lenin bezeichnete mit »Sozialdemokratismus« die politische Strömung der Arbeiterbewegung, zu der er die russische SDAPR, die Bolschewiki darin eingeschlossen, rechnete.

5 J. Stalin: Der internationale Charakter der Oktoberrevolution. Zum 10. Jahrestag des Oktober, in: Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 221-223. Dabei waren der Begriff »Leninismus« und sein Inhalt von Sinowjew und besonders von Stalin selbst geprägt worden.

6 Dokumente der SED, Bd. II, S. 214. Zuvor hatte sich zu Jahresbeginn 1949 die 16. PV-Tagung der SED am 24. Januar im Gefolge der nachträglich »aufgedeckten Agenten- und Sabotagetätigkeit« Erich Gniffkes mit Beziehungen von SED-Mitgliedern zum Schumacher-Parteivorstand befaßt. Die anschließende 1. Parteikonferenz (25.-28. Januar) bilanzierte die Entwicklung der SED zur »Partei neuen Typus« seit dem II. Parteitag (September 1947) und sprach im Beschluß von Versuchen, »die

SED zu einer opportunistischen Partei westlicher Prägung zu machen«, die dadurch gefördert worden seien, »daß der Klassenfeind durch seine Schumacher-Agentur Spione und Agenten in die Reihen unserer Partei entsandte mit der Aufgabe, innerhalb der SED antisowjetische und nationalistische Tendenzen und Stimmungen zu erzeugen«. (Dokumente der SED, Bd. II, S. 180)

7 SAPMO, DY 30, IV 2/1/72, Bl. 68.

8 SAPMO, DY 30, IV 2/1/80, Bl. 56/57.

9 Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/2/95, Bl. 4.

10 Bericht des Parteivorstandes an den III. Parteitag der SED, Berlin 1951, S. 5.

11 Ebenda, S. 194, 195, 196.

12 Einheit, H. 7, Juli 1950, S. 583.

13 Protokoll des III. Parteitags der SED, Berlin 1951, S. 80. Es ging dann um die in jüngster Zeit »entlarvten Agenten« in der Partei. Darunter war der aufrechte Antifaschist und frühere Sozialdemokrat Paul Szillat aus Rathenow, der als Schumacher-Agent verhaftet wurde. Zu Szillat siehe Andreas Herbst: Paul Szillat – ein einsamer Mahner im SED-Parteivorstand, in: Neues Deutschland, 10./11. November 2001.

14 Protokoll des III. Parteitages der SED, Berlin 1951, S. 268, 269.

15 Vgl. SAPMO, DY 30, IV 2/1/94, Anlage 2, Bl. 20-22; vgl. auch Dokumente

Partei, wurde bemängelt, die »bisherige Redaktion« habe das Studium des »Kurzen Lehrgangs« der Geschichte der KPdSU »ungenügend unterstützt und keinen beharrlichen Kampf gegen die Überreste des Sozialdemokratismus in unserer Partei geführt«. Deshalb wurde Chefredakteur Klaus Zweiling von seiner Funktion entbunden und ein neues Redaktionskollegium eingesetzt, das der »marxistisch-leninistischen Erziehung der Partei den ersten Platz in seiner Arbeit einräumen« sollte, wobei diese Aufgabe »den unermüdlichen Kampf gegen Opportunismus und Sozialdemokratismus sowie gegen das Sektierertum« erforderten.¹¹ Bruno Haid, Mitarbeiter der Westkommission des PB, zitierte im Juli-Heft der »Einheit« im Artikel über den Hamburger Parteitag der SPD (21.-25. Mai 1950) Stalins oben wiedergegebene Aussage über den »gegenwärtigen Sozialdemokratismus (als) eine ideologische Stütze des Kapitalismus«.¹²

Auf dem III. Parteitag (20.-24. Juli 1950) sprach Wilhelm Pieck – im Anschluß an Ausführungen über die Führer der SPD – vom »Sozialdemokratismus« in den Reihen der SED: Die organisatorische Vereinigung im April 1946 »konnte natürlich nicht mit einem Male die Überreste des Sozialdemokratismus und des Sektierertums aus der Welt schaffen, die in beiden Parteien vorhanden waren. Die Überwindung dieser Überreste und Mängel stellte eine Aufgabe für die weitere Entwicklung der vereinigten Partei dar.« Die »Überwindung des Sozialdemokratismus als einer dem Marxismus feindlichen Richtung in der Arbeiterbewegung« sei »durch den aktiven ideologischen Kampf gegen den Sozialdemokratismus innerhalb der SED und für den vollen Triumph der großen Ideen von Marx, Engels, Lenin und Stalin in unserer vereinigten Partei« erfolgt.¹³ In der Entschließung des Parteitags war vom notwendigen »Kampf gegen die Überreste des Sozialdemokratismus in der SED« die Rede, die u. a. »in einer falschen, formalen Einstellung zur Demokratie« zum Ausdruck kämen. – »Der Kampf gegen Sozialdemokratismus und Sektierertum kann nur wirksam sein, wenn er zugleich gegen alle liberalistischen und versöhnlerischen Tendenzen geführt wird, denn das Versöhnertum ist nichts anderes als die Auffangstellung für die Opportunisten.«¹⁴

So wurde der Kalte Krieg in den eigenen Reihen entfacht. Die danach in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen folgenden Berichte im PB bzw. auf Plenartagungen des ZK der SED über den Fortgang der Überprüfung von Parteimitgliedern prangerten stets Erscheinungen des »Versöhnertums« an und forderten zum Kampf gegen dieses sowie immer wieder gegen »den Sozialdemokratismus« auf, so auf der 5. Tagung des ZK am 15.-17. März 1951.¹⁵

Einen Höhepunkt erreichte der Kampf gegen »Sozialdemokratismus« auf der 7. Tagung des ZK im Oktober 1951. Hier ging es nun im besonderen gegen die SPD-Führer in der BRD. Dazu muß allerdings eingeräumt werden: Wenn Wilhelm Pieck von der »demagogische(n) Hetze Schumachers« (zu einem von der Sowjetunion angeblich geplanten Krieg, gegen die Oder-Neiße-Grenze, pauschal gegen die Justiz in der DDR, gegen Wettbewerb in der Produktion als Akkordarbeit u. a. m.) sprach¹⁶, so hatte er leider vielfach recht. Kurt Schumacher hatte mit seinem »fast hysterischen« (Helga Grebing)

Antikommunismus den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion, die Kommunisten und die SED seit 1945/1946 intensiv geführt.¹⁷ Die vom Kalten Krieg der Großmächte geleiteten pauschalen und diffamierenden Angriffe der SPD-Führer auf die SED und die DDR wurden diesen »gebührend heimgezahlt«. Jedoch: Für das von der SED-Führung verfolgte Anliegen, die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung als Grundlage für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu erreichen, waren sie kontraproduktiv ...

Die »Schumacher-Ideologie« wurde schon in der Resolution der 21. PV-Tagung vom 23./24. August 1949 »ein Ableger der Ideologie des amerikanischen Imperialismus« genannt. Auf der 7. ZK-Tagung sprach nun Fred Oelßner im Zusammenhang der »ideologischen Aufgaben« der SED »die Ideologie des gegenwärtigen Sozialdemokratismus« an, die zur imperialistischen Ideologie gehöre und die »spezielle Aufgabe« habe, »die Arbeiterschaft für die imperialistischen Raubpläne einzufangen«; die SPD-Führer hätten sich »mit den verschiedenen kleinbürgerlichen und auch imperialistischen Ideologien im Sumpfe des sogenannten demokratischen Sozialismus gefunden, der nichts anderes darstellt als die Verteidigung des Monopolkapitals unter sozialistisch erscheinenden Phrasen« (das bezog sich auf die Erklärung der in Frankfurt/Main wiedergegründeten Sozialistischen Internationale über »Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus« vom Juli 1951); diese Führer seien »von dem Fäulnisprozeß des Kapitalismus bis auf die Knochen angesteckt«, und daraus ergebe sich die »ideologische Aufgabe, die sozialdemokratischen Arbeiter in geduldiger Diskussion von dem wahren Charakter ihrer Führer zu unterrichten, ihnen den wissenschaftlichen Sozialismus näher zu bringen«.¹⁸

Kurt Hager stützte die Aussagen mit dem Griff in die Geschichte: Pauschal nannte er die SPD »eine Partei der Noske und Severing«, in deren Führung sich »die Henker der revolutionären Arbeiter des Ruhrgebiets und Mitteldeutschlands« befanden, die »sich schützend vor die Kriegsverbrecher und Militaristen« stellten, die Panzerkreuzer bauten und »sich als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus« betätigten; »durch ihre Spaltungspolitik (schwächten sie) die Kräfte des deutschen Proletariats und wurden dadurch zu Wegbereitern des Faschismus«.¹⁹ Ihm sekundierte Hermann Matern im Referat über die Ergebnisse der Parteüberprüfung: Die »falsche Einschätzung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (käme) u. a. darin zum Ausdruck, daß man den Verrat der rechten SPD-Führung an der deutschen Arbeiterklasse vor 1933 mit den taktischen Fehlern der KPD gleichstellt(e)«; »auch bei der Einschätzung der heutigen SPD-Führung« gebe es bei SED-Genossen »noch Vorbehalte«. So habe z. B. ein SED-Kreisleitungsmitglied »die rechte SPD-Führung als eine bürgerliche Clique und nicht als eine Agentur des amerikanischen Imperialismus in der Arbeiterklasse« eingeschätzt! Die Genossen würden »auch lieber über die Politik Adenauers als über die Rolle Schumachers« sprechen, ihr konkretes Wissen über die erstere sei besser und im allgemeinen gut – »mit der Demaskierung der Politik Schumachers finden sie sich nicht so gut zurecht und können sie nicht ausreichend entlarven«.²⁰

Auch Otto Winzer stellte in der Diskussion den »Kampf gegen den Sozialdemokratismus (als) eine der wichtigsten ideologischen Auf-

der SED, Bd III, und auf weiteren Tagungen 1951, 1952, 1953.

16 SAPMO, DY 30, IV 2/1/97, Bl. 147.

17 Vgl. dazu Ulla Plener: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen – Politik – Ergebnisse. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003, Teil II (in UTOPIE kreativ u. a. Dies.: Kurt Schumacher und die Russen, in: H. 69/70, Juli/August 1996; Schumacher 1949-1952: Konfrontativ gegen DDR – zu Lasten der Einheit Deutschlands, H. 145, (November 2002).

18 SAPMO, DY 30, IV 2/1/97, Bl. 17/18.

19 Ebenda, Bl. 95/96.

20 SAPMO, DY 30, IV 2/1/98, Bl. 12-15.

gaben unserer Partei« heraus und forderte dazu auf, »neben dem absolut notwendigen Kampf und noch ungenügend geführten Kampf gegen die Schumachersche Führung der SPD« auch gegen die ideologischen Einflüsse der DGB-Führung vorzugehen, die »auf dem Wege über ›Die Welt der Arbeit‹, über Flugschriften, über die ›Gewerkschaftlichen Monatshefte‹... einen ausgesprochen imperialistischen Einfluß auf die Arbeiterklasse« ausübe: Es zeige sich »auf diesem Frontabschnitt« des ideologischen Kampfes, daß »eine Ideologie in die Arbeiterklasse geimpft (wird), die darauf hinausläuft, eine absolut imperialistische Politik zu betreiben, die die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterinteressen absolut der amerikanischen imperialistischen Politik in Europa unterordnet«. ²¹

21 SAPMO, DY 30,
IV 2/1/97, Bl. 125-128.

Im Beschluß der 7. Tagung über »Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei« war u. a. festgehalten worden: »Die ideologische Arbeit muß insbesondere die verräterische, arbeiterfeindliche Politik Schumachers und der anderen rechten Führer der Sozialdemokratischen Partei entlarven, um die Voraussetzungen zur Beseitigung der Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Berlin zu schaffen.« ²²

22 Dokumente der SED,
Bd. III, S. 574.

Der Krieg in den eigenen Reihen wurde indes weitergeführt. Im Beschluß dieser Tagung über »Die Ergebnisse und Lehren aus der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten und die sich daraus ergebenden Aufgaben« wurde festgestellt, es seien in der Vergangenheit viele Unklarheiten, darunter über die Rolle des amerikanischen Imperialismus, über das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus, über den Objektivismus u. a. m. »im wesentlichen geklärt und falsche Auffassungen überwunden« worden, es wäre jedoch »unrichtig zu übersehen, daß es noch Erscheinungen des Sozialdemokratismus, des Sektierertums und der nicht völligen Überwindung von Auffassungen früherer parteifeindlicher Gruppierungen« gebe. ²³ Der politischen Entschließung der II. Parteikonferenz der SED (9.-12. Juli 1952) zufolge, die den Aufbau des Sozialismus »zur grundlegenden Aufgabe in der DDR« bestimmt hatte, sollten die Partei und jedes ihrer Mitglieder nach wie vor »revolutionäre Wachsamkeit« üben und einen entschiedenen »Kampf gegen versöhnlerische Tendenzen gegenüber den Feinden der Partei« führen. Als die wichtigste Aufgabe auf ideologischem Gebiet wurde allgemein bezeichnet, »die Arbeiterklasse und die Masse der Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen und zugleich den täglichen konsequenten Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien zu führen.« ²⁴

23 Ebenda, S. 590.

24 Beschluß der II. Parteikonferenz, in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 70-78.

Die im zweiten Halbjahr 1952 folgenden Parteidokumente präzisierten, daß es dabei weiterhin besonders um den »Sozialdemokratismus, (die) Ideologie der rechten sozialdemokratischen Führer im Dienste der amerikanischen und deutschen Imperialisten«, ging. ²⁵ Von da an wurde der Begriff zunehmend als Angriffsinstrument »nach außen«, gegen die SPD-Führung, eingesetzt.

25 Siehe Aufgaben der Parteileitungen bei der Durchführung des Parteilehrjahres 1952/1953, in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 108/109.

Der »Sozialdemokratismus« war Gegenstand der umfangreichen Diskussionsrede von Rudolf Herrnstadt auf der 10. Tagung des ZK (20.-22. 11. 1952), auf der es um den Entwurf des Aufrufs zum »Karl-Marx-Jahr 1953« ging. Herrnstadt sprach zu den Aufgaben der Propagandaarbeit und führte aus: »Der tiefste Grund für die

Schwächen auf dem Gebiet der propagandistischen Arbeit, und nicht nur auf diesem Gebiet, liegt in der opportunistischen Grundhaltung zahlreicher unserer Genossen, in nicht überwundenen Tendenzen des Sozialdemokratismus.« Ohne auf Widerspruch bei den Tagungsteilnehmern zu stoßen, suchte und fand er die tieferen Ursachen dafür in der besonderen, in ihrer Geschichte wurzelnden »Geisteshaltung der (deutschen) Arbeiterbewegung«, in den »kleinbürgerlichen Überkommenheiten in der Arbeiterklasse«, in der »Ausnutzung der Arbeiteraristokratie« in ihr und der »Einschleusung von Agenten« in sie durch die Bourgeoisie, die so die »Verfälschung, Verwässerung der revolutionären Lehre von Marx« betrieben hätte. Es war vom »Typ der gediegenen Flachköpfe in der deutschen Arbeiterbewegung« die Rede, »den wir unter dem Namen »Revisionisten« kennen«. – »Und wir in Deutschland haben es nie vermocht, gegen diese Erscheinung... so leidenschaftlich und erbarmungslos zu kämpfen, wie Lenin das in Rußland tat. Die Folge davon ist, daß bei uns der Sozialdemokratismus – trotz aller Teilerfolge – jahrzehntelang in solcher Breite triumphierte und daß er auch heute noch blüht und gedeiht, in neuen, den veränderten Verhältnissen angepaßten Formen, die schwerer zu fassen sind als die früheren, aber keineswegs weniger wirksam.« Nach der Oktoberrevolution in Rußland habe die Sozialdemokratie offen mit dem Marxismus gebrochen, und »heute schließlich, wo der amerikanische Imperialismus zum Weltgendarm und Massenmörder geworden ist, wo ein ansehnlicher Teil der rechten sozialdemokratischen Führer bewußt im Dienste imperialistischer Regierungen arbeitet, hat auch der Sozialdemokratismus einen neuen Charakter erhalten.«²⁶

Der Kampf »nach innen« bildete immer noch einen Schwerpunkt der Ausführungen von Herrstadt. Er betonte, der PB-Fassung des Aufrufs zum Karl-Marx-Jahr zufolge bestünde die Hauptaufgabe darin, »die breiten Massen der Werktätigen... im Geiste des kompromißlosen Kampfes für die neue sozialistische Gesellschaftsordnung an Hand der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin zu erziehen«, und er zitierte aus dem Thesenentwurf: »Dieses Ziel wird erreicht durch Entfaltung eines schonungslosen Kampfes gegen alle Spielarten des Sozialdemokratismus, darunter gegen die formale, mit dem Leben nicht verbundene Vermittlung der Theorie.«²⁷ Am Schluß seiner Rede verwies Herrstadt noch darauf, »welche Bedeutung die Liquidierung der Tendenzen des Sozialdemokratismus auf ideologischem Gebiet für die Praxis unseres sozialistischen Aufbaus besitzt«, indem er (als ein Beispiel von mehreren) ein Unglück auf einem Schacht im Zwickauer Revier darauf zurückführte, daß dort gegen bekannte Mißstände nicht rechtzeitig eingeschritten wurde, weil die Genossen »nicht dazu erzogen (waren), einen kompromißlosen persönlichen Kampf gegen (die) Übel zu führen«. Seine Schlußfolgerung: »Natürlich wäre es falsch, in diesen Fällen, denen Hunderte an die Seite gestellt werden könnten, Zufälligkeiten zu sehen. Auch in ihnen äußert sich das Erbe des Sozialdemokratismus.« Dieser müsse »nicht nur auf allen Gebieten des praktischen Lebens bekämpft werden, auf denen er sich zeigt, er muß vor allem auf dem Gebiet bekämpft werden, von dem aus er zu kurieren ist: Das ist das ideologische Gebiet. Wenn wir das tun, werden wir einen

26 SAPMO, DY 30,
IV 2/1/108, Bl. 79, 80, 81.

27 Ebenda, Bl. 90.

28 Ebenda, Bl. 91.

29 Ebenda, IV 2/1/107, Bl. 105. Vgl. auch Diskussionsrede von Fred Oelßner über den Sozialdemokratismus in der Theorie, darunter über den »primitiven Pragmatismus« Bernsteins als eine Spielart des Sozialdemokratismus (ebenda, Bl. 145).

30 »Im Jahre 1953 gedenkt die deutsche Nation ihres größten Sohnes Karl Marx. Aufruf des Zentralkomitees zum Karl-Marx-Jahr 1953«, in: Dokumente der SED, Bd. IV, S. 227.

31 W. U.: Diskussion über Fragen des Sozialdemokratismus in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Einheit, H. 12, Dezember 1952, S. 1330. Obwohl der Anlaß für die angekündigte Diskussion das bevorstehende Karl-Marx-Jahr und der »ungenügende Kampf gegen die von der Sozialdemokratie vorgenommenen Fälschungen der Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels« war, wurde das Studium ihrer Werke an dieser Stelle nicht gefordert.

32 Ergänzend hieß es dann im Beschluß des ZK vom 12. Dezember 1952 »Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörzentrum Slansky« noch, »zur Verstärkung der revolutionären Klassenwachsamkeit« sei es nötig, »3. daß mit der ideologischen Sorglosigkeit endgültig Schluß gemacht wird. Die Partei muß einen unversöhnlichen Kampf gegen den Sozialdemokratismus, gegen alle bürgerlichen Ideologien und

ungeahnten Aufschwung erleben. Denn die durch unsere Partei, nicht zuletzt durch unsere vielgescholtenen Propagandisten erzogenen Massen warten darauf, daß unsere Partei den Riegel vorschiebt, der ihre angestaute Initiative hemmt!«²⁸ Entsprechend unterstrich Ulbricht in seinem Schlußwort: Eine vordringliche Aufgabe sei es, »in Verbindung mit dem Karl-Marx-Jahr sehr ernst und systematisch den Kampf gegen den Sozialdemokratismus (zu) führen«. ²⁹ »Die Überwindung des opportunistischen Ausweichens vor dem Kampf gegen den Sozialdemokratismus« wurde im Dokument eine der Grundbedingungen »für die revolutionäre Erziehung der Werktätigen« genannt.³⁰

Am 22. November 1952 legte das PB fest, in der »Einheit« eine Diskussion zu ideologischen Fragen, besonders zur »Frage des Sozialdemokratismus«, zu eröffnen. Die Richtungen gab Walter Ulbricht im Dezember-Heft der »Einheit« vor:

»Das Zentralkomitee hat dem Vorschlag zugestimmt, über Fragen des Sozialdemokratismus in der deutschen Arbeiterbewegung im theoretischen Organ der Partei, der »Einheit«, eine Diskussion zu führen.

Der Anlaß zu diesem Beschluß liegt in folgendem: Bei der Vorbereitung des Karl-Marx-Jahres mußte das Politbüro feststellen, daß die Propaganda über Leben und Werk des größten deutschen Wissenschaftlers, Karl Marx, völlig ungenügend und oft sehr formal erfolgt. [...]

Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus hat gegenwärtig, wo die Führer der Sozialdemokratie offen auf die Seite des amerikanischen und englischen Imperialismus übergegangen sind und ihren Frieden mit der Bourgeoisie geschlossen haben, große Bedeutung. Die sozialdemokratischen Mitglieder können nur dann für die Aktionseinheit gewonnen werden, wenn täglich der Sozialdemokratismus als die spezifische Form des Einflusses der bürgerlichen und imperialistischen Ideologie auf die Arbeiter entlarvt und den Mitgliedern aufgezeigt wird, wie die sozialdemokratischen Führer mit Hilfe der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Arbeiterbewegung in Westdeutschland lähmen und es Adenauer ermöglichen, die Befehle der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten im Namen des westdeutschen Staates zu verkünden und durchzuführen.

Der Kampf gegen den Sozialdemokratismus in ganz Deutschland ist deshalb von der größten Bedeutung für den Kampf um die nationale Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage.

Es kommt hinzu, daß das Fortbestehen von Resten des Sozialdemokratismus in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands selbst sich hemmend auf die Entwicklung der Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik und die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus auswirkt. Der Sozialdemokratismus findet in der SED nicht nur seinen Ausdruck im ungenügenden Kampf gegen die Ideologie der Sozialdemokratie, sondern auch in der Unterschätzung der Rolle unserer Staatsmacht, in dem Glauben an eine Spontaneität der Entwicklung, in der Mißachtung der ökonomischen Gesetze, die in der Deutschen Demokratischen Republik wirksam sind, in der Unterschätzung der führenden Rolle der Sozialistischen Einheitspar-

tei Deutschlands, in dem Unverständnis in bezug auf das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und in der Unterschätzung des Studiums der Lehren von Lenin und Stalin.

Der Meinungsaustausch soll dazu beitragen, die theoretischen Fragen zu klären und die Kampfaufgaben besser zu lösen.«³¹

Hier war mit dem »Kampf gegen den Sozialdemokratismus« beinahe das gesamte Spektrum der SED-Politik abgedeckt, diesem Kampf wurde fast universelle Bedeutung für die Politik der SED zugesprochen.³²

Eine Diskussion über »Fragen des Sozialdemokratismus« fand in den folgenden Heften der »Einheit« nicht statt, sieht man von vereinzelten, Westdeutschland betreffenden Beiträgen ab, in denen das »Problem Sozialdemokratie« zwar vorkam, aber nicht im Sinne der Diskussion um »Fragen des Sozialdemokratismus«. Der im Sonderheft der »Einheit« vom April 1953 abgedruckte Artikel von Otto Winzer »Der »Superrevisionismus« – eine imperialistische Ideologie des Verrats am Marxismus«, wohl als Grundsatzorientierung für den Umgang mit dem Problem gedacht, war alles andere als ein Beitrag zur Diskussion. Nach einem Rückgriff auf Lenins Schriften aus der Zeit des Ersten Weltkriegs zitierte Winzer ausführlich aus dem oben genannten Artikel Stalins und klopfte apodiktisch Postulate mit Zwischenüberschriften fest wie diese: Die Wandlungen des Opportunismus zum Sozialimperialismus; Leugnung des Klassenkampfes und Beschmutzung des Proletariats; Leugnung der Ausbeutung und Idealisierung des Kapitalismus; Beschönigung des Imperialismus und Rechtfertigung seiner Kriege; Sozialimperialismus ist Reaktion und Krieg. Die Wertungen gipfelten in Aussagen wie: »Die Partei Adenauers und die Partei Ollenhauers sind nicht Gegner, sondern zwei Arme desselben Systems, Zwillingsbrüder im Dienste des amerikanischen und westdeutschen Imperialismus«; die »rechten Führer der SPD und des DGB (betätigen sich) als Zutreiber der faschistischen Reaktion«.³⁴

Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 waren für die SED-Führung kein Anlaß, den »Kampf gegen den Sozialdemokratismus« zurückzuschrauben, eher im Gegenteil, und das sogar im Widerspruch zu der Moskauer Weisung, »die total feindliche Position gegenüber dieser Partei (der SPD) für die heutige Periode zu verwerfen«.³⁵

Auf der 15. ZK-Tagung (24.-26. Juli 1953) wurde der »Kampf gegen den Sozialdemokratismus« in den eigenen Reihen wieder stark akzentuiert. Zu diesem Thema sprach ausführlich Otto Winzer: »Über den Sozialdemokratismus und wie man ihn bekämpfen soll!« Da die Agenten des Ostbüros sich am 17. Juni auf die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft der DDR stützen konnten, sollten »doppelte Schlußfolgerungen für den Kampf gegen den Sozialdemokratismus« gezogen werden: »Einerseits müssen sich unsere Genossen der berechtigten Forderungen der Arbeiter annehmen und im Kampf gegen Mißstände und Schlamperei zu wirklichen Vertrauensmännern ihrer Kollegen werden«; andererseits müßten sie, gestützt auf das Vertrauen der Arbeiter, den Kampf gegen »die sozialimperialistische Ideologie der heutigen Sozialdemokratie« mit aller Schärfe führen, denn »durch den Mund (der) sozialdemokratischen Führer spricht der Klassenfeind, das Monopolkapital«.³⁶

Reste des kapitalistischen Denkens, die bei Parteimitgliedern noch vorhanden sind, führen«. Dokumente der SED, Bd. IV, S. 218.

33 Vgl. Max Schäfer: Zum »Aktionsprogramm« der SPD, in: Einheit, H. 1, Januar 1953 (auf dem Dortmunder Parteitag der SPD angenommenes Aktionsprogramm); Paul Verner: Die Lage in Westdeutschland nach den Bundestagswahlen, in: Einheit, H. 10, Oktober 1953.

34 Otto Winzer in: Einheit, April 1953, Sonderheft, S. 625-647.

35 Streng geheime Verfügung des Ministerrates der UdSSR vom 2. Juni 1953, die der noch an diesem Tag in Moskau angereisten SED-Delegation verlesen und übergeben wurde. Angesichts der heranreifenden Krise ging es um Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR. Siehe in: UTOPIE kreativ, H. 149, März 2003, S. 216/217.

36 SAPMO, DY 30, IV 2/1/119, Bl. 154-164.

37 Vgl. ebenda, Bl. 162/163.

38 Dokumente der SED, Bd. IV, S. 454. Ungewöhnlich milde hieß es, diesen »schwankenden und irreführenden früheren Sozialdemokraten« sollte geholfen werden, »den Klassencharakter des Putschversuches zu erkennen, den Sozialdemokratismus zu überwinden und den Weg in die Reihen des klassenbewußten Proletariats zurückzufinden«. Der Begriff tauchte in dem umfangreichen Dokument nur noch einmal im Abschnitt

»Die Partei« im Zusammenhang mit der Propagandarbeit auf: »Die Durchführung des neuen Kurses ist unvermeidlich mit einer Aktivierung der reaktionären Elemente und der Verstärkung des Versuchs verbunden, die bürgerliche Ideologie in die Arbeiterklasse zu tragen. Darum muß der konsequente, prinzipielle Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, besonders gegen den Sozialdemokratismus, verstärkt werden. (Ebenda, S. 473)

39 Noch 1971 wurde bei der Übersetzung der sowjetischen Monographie »Ideologie des gegenwärtigen Reformismus. Kritik der Konzeptionen rechter Sozialisten«, Moskau 1970, als Titel »Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart« gewählt (Berlin 1971). Dazu gab es einen Widerspruch vom damaligen Lehrstuhl (später Institut) Imperialismusforschung am damaligen Institut (später Akademie) für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in Form einer Notiz an Albert Norden, Mitglied des Politbüros und zuständig für westdeutsche Fragen, vom 13. Januar 1971. Zum Umgang mit den Begriffen »Sozialdemokratismus« und »Reformismus« vgl. Ulla Plener: Zur Sozialdemokratieforschung in der DDR in den 70er und 80er Jahren. Versuch einer Bilanz mit Ausblick, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 6, 1991.

War Rudolf Herrnstadt auf dem 10. Plenum acht Monate zuvor mit seinen Ausführungen über den notwendigen Kampf gegen den Sozialdemokratismus auf keinen Widerspruch gestoßen, so wurde er jetzt selbst des Sozialdemokratismus bezichtigt. Ulbrichts Referat folgend, wurde die »Plattform Herrnstadt/Zaisser« (die »Angriffe auf die Parteiführung«, Ulbricht an der Spitze) in der Diskussion von Kurt Hager und Paul Verner als »dem Wesen nach sozialdemokratisch« bezeichnet. Herrnstadts Ausführungen auf dem 10. Plenum nannte Winzer nunmehr »überaus schädlich« und »desorientierend«, ja sie hätten dazu geführt, »daß sich das vom Genossen Herrnstadt geleitete Zentralorgan (der SED, Neues Deutschland/ND) selber zum Sprachrohr des konterrevolutionären Sozialdemokratismus machte«! Winzer verwies auf den am 14. Juni 1953 im ND veröffentlichten Artikel »Es wird an der Zeit, den Holzhammer beiseite zu legen«, der »genau genommen... der ideologischen Vorbereitung und Rechtfertigung der sozialdemokratischen faschistischen Provokation« gedient habe (in Wirklichkeit hatte der Artikel, was auch die von Winzer zitierten Passagen auswiesen, »genau genommen« die »berechtigten Forderungen der Arbeiter« aufgegriffen).³⁷

Die Sozialdemokratismus-Keule wurde hier als Instrument des Machtkampfes an der Spitze der Partei eingesetzt.

In der Entschließung der 15. Tagung des ZK »Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei« wurden im Abschnitt über die »faschistische Provokation am 17. Juni« neben »brandleristischen Spionagegruppen, Trotzlisten, SAP-Gruppen und anderen« auch »illegale Organisationen aus ehemaligen SPD-Mitgliedern, die noch immer den arbeiterfeindlichen Auffassungen des Sozialdemokratismus anhängen und darum leicht Opfer der Agenten des Ostbüros wurden, welche unter den Arbeitern faschistische Losungen verbreiteten und Streiks organisierten,« genannt.³⁸

Den Begriff »Sozialdemokratismus« benutzte die SED-Führung in den folgenden 50er und in den 60er Jahren stets als ein Instrument des Kalten Krieges in der Arbeiterbewegung. Er wurde von ihr erst mit der Entspannung in den 70er Jahren zurückgenommen.³⁹

P. S. Wer sich an die Inhalte und die Rolle des Begriffs »Sozialdemokratismus« in der Geschichte der SED auch nur halbwegs erinnert, kann die Aussage im neu beschlossenen Programm der PDS, »aus historischer Erfahrung« wende sich diese Partei »entschieden gegen jegliche Form von Antisozialdemokratismus« nicht nachvollziehen. Der »Sozialdemokratismus« war ein Instrument des Kalten Krieges der SED-Führung in der Arbeiterbewegung. Im Bemühen um Verständigung mit der sozialdemokratischen Strömung in der politischen Landschaft Europas müßte die PDS, die mit der stalinistischen Tradition der SED gebrochen hat, gegen die mit diesem Begriff verbundenen Inhalte, also für »Antisozialdemokratismus«, streiten.